

Presseverteiler

Basel, 11. August 2011

Pressemitteilung „Numerus Clausus und ÄrztInnenmangel“

In den letzten Tagen wurde in den Medien von der gynäkologischen Abteilung des Fribourger Spitals berichtet, dass werdende Mütter in den kommenden Monaten an andere Spitäler verwiesen werden müssten. Ein unhaltbarer Zustand, der auf einer einfachen Ursache beruht: ÄrztInnenmangel. Wie der Tagesschaubericht vom 9. Januar 2011 verdeutlicht hat, sind die fehlenden ÄrztInnen in der Schweiz kontinuierlich durch Fachkräfte aus dem Ausland ersetzt worden. Der Bedarf an medizinischem Fachpersonal kann allein mit in der Schweiz ausgebildeten MedizinerInnen nicht mehr gedeckt werden. Grund dafür ist nicht etwa fehlendes Interesse von MaturandInnen an einem Medizinstudium, sondern der gesamtschweizerisch geltende, strenge Numerus Clausus, der nur einen kleinen Teil der Studieninteressierten zulässt, und eine zu geringe Anzahl von Medizin-Studienplätzen. Dass nun sich nicht nur die CVP in einem Faktenpapier vom 20./21. Juni 2011 zu einer Abschaffung der Zulassungsbeschränkung bei den MedizinerInnen bekannte, sondern dass auch die Jusos Basel Stadt mit einer Flyer-Aktion heute darauf aufmerksam machte, zeigt deutlich, dass hier ein akuter Handlungsbedarf besteht.

Numerus Clausus und zu wenige Studienplätze als Ursache

Der Numerus Clausus verwehrt vielen begabten InteressentInnen den Zugang zum Studium und trägt so aktiv zum aktuellen und immer mehr spürbar werdenden ÄrztInnenmangel bei. Eine qualitative Abwertung des Medizinstudiums ist bei der Abschaffung oder Änderung des Zulassungsverfahrens nicht zu befürchten. Gleichzeitig trägt die künstliche Verknappung der Studienplätze zum ÄrztInnenmangel bei. Eine entsprechend bessere materielle und finanzielle Ausgestaltung des Medizinstudiums sollte es ermöglichen, dass ein angemessenes Niveau beibehalten werden kann.

Die Studentische Körperschaft der Universität Basel zeigt sich besorgt um die künftige Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort und fordert deshalb, dass

- 1. die Anzahl der Studienplätze der Medizin an der Universität Basel erhöht und entsprechende Mittel bereitgestellt werden und**
- 2. die CRUS, deren Vorsitz durch den amtierenden Rektor der Universität Basel – Herrn Prof. Dr. Loprieno – ausgeübt wird, den Numerus Clausus grundsätzlich in Frage stellt und nach geeigneteren und sozial verträglicheren Alternativen sucht.**

Mit freundlichen Grüßen im Namen der skuba